

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Dr. Manfred Stolpe – 22. Mai 1996

"Zwei Länder in der Region - eine Verantwortungsgemeinschaft für die Region"

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

In meiner Regierungserklärung vom 24. April 1996 habe ich gesagt: "Am 5. Mai werden die Wahlberechtigten in Brandenburg und Berlin die Zukunftsweichen stellen."

Die Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg und Berlin haben sich mit großer Mehrheit gegen ein gemeinsames Land Berlin-Brandenburg entschieden. Der Zug fährt nun in eine andere Richtung. Damit haben sich die Landesregierung, der Landtag in seiner verfassunggebenden Mehrheit und viele andere politische und gesellschaftliche Institutionen und Initiativen dieses Landes mit einem gemeinsamen Vorhaben nicht durchsetzen können. Es ist uns nicht gelungen, die Menschen in unserem Land davon zu überzeugen, daß sich die Region Berlin-Brandenburg wirksamer und erfolgreicher in einem Parlament, einer Regierung und einer Verwaltung auf einheitlicher gesetzlicher Grundlage gestalten ließe. Es haben vor allem wirtschafts-, struktur- und verwaltungspolitische Gründe für ein Land gesprochen.

Mein Dank geht an die Brandenburgerinnen und Brandenburger, Berlinerinnen und Berliner, die dieses Zukunftsprojekt unterstützt haben. Ich danke auch den Initiativen und Verbänden, die sich unermüdlich für dieses Ziel eingesetzt haben. Ich achte aber auch die Entscheidung und die Motivation derjenigen, die anderer Meinung waren.

Wir müssen akzeptieren, daß die Mehrheit der Menschen in Brandenburg unseren Argumenten nicht gefolgt ist, daß wir vor allem biographische Erfahrungen und gefühlsmäßige Barrieren nicht überwinden konnten.

Da waren zunächst die Befürchtung vor einer weiteren Veränderung und ein starkes Ruhebedürfnis. Viele haben sich gerade mühsam in den neuen Lebensbedingungen zurechtgefunden. Viele andere haben unter diesen veränderten Bedingungen ihren Platz noch nicht finden können. Sie leiden unter Arbeitslosigkeit oder sind von ihr bedroht. Bei ihnen war die Sorge vor der Konkurrenz aus Berlin größer als die Bereitschaft, dieses gemeinsame Land als bessere Chance für uns alle zu begreifen.

Deutlich wurde auch, daß die deutsche Teilung in den Köpfen und Herzen noch nicht überwunden ist und die ambivalenten Erfahrungen mit den Wirkungen des Einigungsvertrages noch nicht verarbeitet sind. Deshalb bediente mancher Berliner Kampfbegriff, auf den einige Westberliner Christdemokraten besser verzichtet hätten, bestehende Vorurteile. Sie verstärkten den Eindruck bei vielen Brandenburgerinnen und Brandenburgern, in Westberlin auf eine politische Kultur zu treffen, die für ihre Biographien zuwenig Verständnis und zuwenig Achtung aufbringen würde.

Schließlich bestehen noch immer alte Ressentiments gegen die Hauptstadt der DDR, wo neben der politischen Gewalt auch die wirtschaftlichen Ressourcen zu Lasten des restlichen Landes konzentriert waren. Die Diskussion um die Berliner Finanzen in den letzten Monaten hat alte Befürchtungen wiederaufleben lassen, das Land werde erneut zum Lückenbüßer für die Stadt.

Überhaupt habe ich persönlich unterschätzt, wie groß die Fremdheit gegenüber den Strukturen und den Menschen der Großstadt in einem Land ist, das mehrheitlich von dörflichen und kleinen städtischen Einheiten geprägt ist.

Meine Damen und Herren, gemeinsam haben wir alle dazu beigetragen, die Menschen in Brandenburg einer neuen politischen, landsmannschaftlichen und kulturellen Brandenburger Identität zu versichern. Nicht gelungen ist es uns, ihnen zugleich die Sicherheit zu geben, daß sich diese Identität gemeinsam mit Berlin nicht nur hätte bewahren, sondern, wie jahrhundertlang in der Geschichte dieser Region, besser mit Leben hätte erfüllen lassen.

Angesichts der Entscheidung vom 5. Mai müssen sich Parlament, Landesregierung und die übrigen Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften fragen, ob sie für diese Herausforderung an die Menschen den richtigen Zeitpunkt gewählt haben. Wir müssen uns der Frage stellen, wie wir künftig unsere Zukunftsentwürfe überzeugender vermitteln und deutlicher formulieren können.

Dazu wird gehören, daß wir alle noch intensiver auf die existentiellen Sorgen der älteren und die Protesthaltung der jüngeren Menschen eingehen. Dazu gehört aber auch, daß wir der Bonner Politik da deutlich entgegengetreten werden, wo sie durch eine unausgewogene und ungerechte Sparpolitik die Grundpfeiler unseres sozialen und wirtschaftlichen Gefüges beschädigt, ohne bisher einen glaubwürdigen Entwurf für seine Neuordnung vorgelegt zu haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unabhängig vom Ergebnis: Die Verhandlungen mit Berlin waren nicht vergeblich. Die Partner wissen jetzt, wie stark sie aufeinander angewiesen sind. Sosehr ich es auch persönlich bedaure, daß uns der Weg in ein gemeinsames Land auf absehbare Zeit versperrt ist - schon aus Gründen ihres Verfassungs- und Demokratieverständnisses wird die Landesregierung dieses eindeutige Bürgervotum zur Grundlage ihrer zukünftigen Politik machen.

Vor dem Hintergrund der dramatischen Finanzlage in Bund, Ländern und Gemeinden beinhaltet dieses Wählervotum einen schwierigen Auftrag für uns alle. Wir sollen für ein selbständiges Land Brandenburg den besten Weg in die Zukunft suchen. Wir dürfen diesen Weg nicht gegen Berlin, wir müssen ihn weiterhin in Partnerschaft mit Berlin gehen, denn die Bevölkerung hat sich gegen ein gemeinsames Land, aber nicht gegen die Zusammenarbeit entschieden. Die Alternative zu einem Bundesland ist immer klar formuliert worden - ein Geflecht von Staatsverträgen, Verwaltungsvereinbarungen und die abgestimmte Umsetzung von politischen Zielen. Diese Aufgaben liegen jetzt vor uns.

Meine Damen und Herren! Der Regierende Bürgermeister hat mit Recht eine Ehe ohne Trauschein verworfen. Er weiß wie ich, daß uns das Votum der Bürger hier verfassungsrechtliche Grenzen setzt. Einig sind wir uns darüber, daß es auch Auftrag der Bürgerinnen und Bürger ist, den Weg zukünftiger Zusammenarbeit zweier selbständiger Bundesländer zu wählen, der uns soweit wie möglich ein teures und ineffektives Gegeneinander erspart. Es wird weiterhin zwei souveräne Landesregierungen, aber eine gemeinsame Verantwortung für die Region Berlin-Brandenburg geben. Berlin und Brandenburg befinden sich in einer Verantwortungsgemeinschaft für diese Region.

Für diese Region Berlin-Brandenburg müssen wir als gleichberechtigter Partner Berlins an den Verbesserungen der Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze, mehr innere Sicherheit und gleichwertige Lebensverhältnisse für die Menschen arbeiten. Ein Angelpunkt dieser Rahmenbedingungen bleibt deshalb die Zusammenarbeit mit Berlin. Innerhalb der Verantwortungsgemeinschaft Berlin-Brandenburg müssen beide Landesregierungen weiterhin auf allen notwendigen Feldern zusammenarbeiten. Für den Arbeitsmarkt haben wir bereits

ein regionales Beziehungsgeflecht geknüpft - bei der Erstausbildung, im Arbeitsschutz, im Kampf gegen illegale Beschäftigung, mit dem gemeinsamen Landesarbeitsamt Berlin/Brandenburg und in verschiedenen Arbeitsgruppen, die den Pakt für Arbeit voranbringen sollen. Vieles muß aber auch unter den jetzt schwierigeren Bedingungen im beiderseitigen Interesse noch geschehen.

Ebenso wichtig bleibt wegen der Haushaltslage beider Länder und der Krankenkassen die Fortsetzung der gemeinsamen Krankenhausplanung. Hier wie bei vielen sozialen Diensten und Leistungen hilft Kooperation beiden Partnern. Gleiches gilt für die Arbeit der Vorbereitungsgesellschaft zur Bildung eines Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg. Ich gehe davon aus, daß die Verhandlungen zwischen Berlin, dem Land Brandenburg und den betroffenen Landkreisen planmäßig fortgesetzt und fristgerecht zu einem Abschluß gebracht werden. Brandenburg wird sich an der Gesellschaft beteiligen.

Ich gehe ebenfalls davon aus, daß Berlin weiterhin zur Realisierung des gemeinsam beschlossenen "Schienezielnetzes 2000" steht. Bei der inneren Sicherheit, insbesondere der Strafverfolgung, müssen wir das Netz der Vereinbarungen und Verwaltungsabkommen zur polizeilichen Zusammenarbeit noch dichter knüpfen, um in der Region Sicherheit stärker aus einem Guß zu gewährleisten. Mit der Kooperation bei der Planung und Entwicklung eines neuen polizeilichen Informations- und Kommunikationssystems ist ein erfolgreicher Anfang gemacht, ebenso mit der gegenseitigen Unterstützung der Berliner und der Brandenburger Polizei. Im Bereich der Justiz werden wir die gute Zusammenarbeit, insbesondere im Strafvollzug und bei der Ausbildung, fortsetzen und vertiefen.

Das dichte Netz von Wissenschaftseinrichtungen im Raum Berlin-Brandenburg ist ein wichtiger Faktor für Wirtschaftsentwicklung. Gerade angesichts der Sparzwänge bleibt die Fortsetzung einer gemeinsamen Hochschulplanung im Interesse Brandenburgs und Berlins. Daher wollen wir daran festhalten, eine gemeinsame Hochschulstrukturkommission einzurichten. Dem Beispiel der bereits bestehenden Vereinbarungen im Kulturbereich folgend, sollen Berlin und Brandenburg gemeinsame Einrichtungen oder Verbände, etwa bei Museen oder Gedenkstätten, schaffen.

Wir werden uns außerdem dafür einsetzen, daß die Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät der Humboldt-Universität erhalten bleibt.

Angesichts der demographischen Entwicklung und der notwendigen Abstimmung im Berufsschulbereich sowie der Haushaltslage in Berlin und Brandenburg bietet auch eine im Verflechtungsraum aufeinander bezogene Schulentwicklungsplanung Chancen zur Verbesserung des Schulangebotes und zur Einsparung von Ressourcen.

Es wird auch im Interesse von Berlin liegen, den energiepolitischen Konsens für die Nutzung der Lausitzer Kohle in Berlin nicht aufzukündigen. Ökologische Kreisläufe machen nicht an Landesgrenzen halt. Eine Voraussetzung für die umweltverträgliche Umstrukturierung der Lausitz ist aber - neben den Bundesmitteln für die Braunkohlesanierung - der Erhalt ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Der Rückgriff auf regionale Ressourcen erhöht Berlins Verhandlungsstärke mit anderen Energielieferanten. Daneben müssen zwischen Berlin und Brandenburg bereits geschlossene Verträge wie der zum Betreiben der MEAB erfüllt werden.

Bis zum Jahr 1999 wird es zu den Aufgaben gehören, beim Umzug der Bundesregierung nach Berlin die notwendigen Abstimmungen zwischen den bestehenden Gremien zu

begleiten. Allerdings kommt hier die Probe aufs Exempel: Werden wir gemeinsam Wege finden, Brandenburg in den Entwicklungsschub des Umzugs einzubeziehen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einen Ansatzpunkt für zukünftige Kooperationen erhoffe ich mir von der Einrichtung eines Koordinierungsrates für die künftige Zusammenarbeit beider Länder, die ich mit dem Regierenden Bürgermeister verabredet habe. Unter dem Vorsitz der beiden Regierungschefs soll er aus Mitgliedern der Landesregierungen von Berlin und Brandenburg bestehen. Die Aufgabe des Koordinierungsrates soll es sein, die gegenseitige Unterrichtung und die Abstimmung von Interessen zu gewährleisten. Weiterhin sollen Felder möglicher künftiger Zusammenarbeit entwickelt werden mit dem Ziel, diese durch Regierungsvereinbarungen oder Staatsverträge später festzulegen. Die Arbeit des Koordinierungsrates soll sich zunächst auf folgende akute Problemfelder erstrecken: wirtschaftliche Entwicklung unter Einfluß von Ansiedlungs-, Verteilungs- und Verkehrsgesichtspunkten, Hochschul- und Krankenhausplanung, Struktur der öffentlichen Verwaltung unter besonderer Berücksichtigung des Umzuges von Bundestag und Bundesregierung, innere Sicherheit und Strafvollzug.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Erklärung des Regierenden Bürgermeisters vom 11. Mai läßt erkennen, daß er sich der Bedeutung unserer Verantwortungsgemeinschaft bewußt ist. Dennoch muß uns klar sein: Brandenburg und Berlin werden stärker, als es sich beide wünschen können, miteinander konkurrieren - um Ansiedlungen, die Arbeitsplätze und Steuern bringen, sowie um steuerpflichtige Einwohner. Wenn dies nicht auf Kosten der finanziellen Kapazitäten und der natürlichen Ressourcen beider Länder gehen soll, dann müssen wir den politischen Weitblick haben, uns weiterhin auch als eine ökologische und ökonomische Einheit zu begreifen. Und wir müssen die Vernunft wahren, die uns eine gemeinsame Landesplanung zur Entwicklung und Durchsetzung gemeinsamer Ziele der Landesentwicklung schaffen ließ. Gemeinsame Landesplanung - das ist die Erkenntnis, daß die Metropole nur in einer wirtschaftlich und ökologisch stabilen Region lebenswert bleibt. Es ist die weitere Erkenntnis, daß andererseits Berlin eines der wichtigsten Potentiale der Brandenburger Landesentwicklung darstellt. Ich halte dies weiterhin für zwingend. Deshalb gibt es zur gemeinsamen Landesplanung keine Alternative. Wir wollen den Landesplanungsvertrag umsetzen, um den Gesamtraum Berlin zukunftsfähig zu entwickeln, das heißt gerade auch den äußeren Entwicklungsraum.

Dieses ausgewogene System gerät aber in Gefahr, wenn wir von den standortpolitischen Entscheidungen im Höchstfördergebiet Berlin unter Druck gesetzt werden, unsere Förderpolitik umzustellen. Dieses müssen wir verhindern. Vereinzelt Höchstförderung in den Zentren des engeren Verflechtungsraumes ist mit den Zielen der gemeinsamen Landesplanung durchaus vereinbar. Aber machen wir uns nichts vor: Wenn die beiden Länder hier den Weg der Vernunft verlassen, den sie in ihrem landesplanerischen Konzept eingeleitet haben, dann wird dies doppelten Schaden anrichten.

In Berlin und im engeren Verflechtungsraum wird eine stärkere Zersiedelung ökologisch auf Kosten der nächsten Generation von Berlinern und Brandenburgern gehen. Den äußeren Verflechtungsraum wird es ökonomisch weiter schwächen, und der Abwanderungsdruck wird anhalten. Deshalb dürfen wir uns an der Stadtgrenze nicht niederkonkurrieren. Es läge nicht im wohlverstandenen Interesse der Gesamtregion, wenn z. B. die Lausitz und die Uckermark den Anschluß verlieren würden. Wohl aber liegt es im Interesse der Gemeinden im engeren Verflechtungsraum, sich durch Zusammenarbeit gegen den Konkurrenzdruck

aus Berlin zu stärken. Auch hier stehen beide Regierungen in der Verantwortungsgemeinschaft für den Gesamtraum Berlin-Brandenburg. Wir werden deshalb die bestehende Landesplanung auf der Grundlage des Staatsvertrages weiterführen und noch vor der Sommerpause die Landesplanungskonferenz Berlin-Brandenburg einberufen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die wirkliche wirtschaftliche Konkurrenz Berlins und Brandenburgs ist aber die mit den anderen europäischen und außereuropäischen Regionen. Deshalb müssen wir unsere gemeinsame Technologiekonzeption ebenso vorantreiben wie die Kooperationsverträge zwischen den Wirtschaftsfördergesellschaften und den Technologie- und Innovationsagenturen beider Länder, um sie weiter mit Leben zu erfüllen. Deshalb werden wir in Kürze die Verwaltungsvereinbarung über die Zusammenarbeit in der Messe- und Ausstellungspolitik schließen.

Ich halte es für wichtig, da, wo es sinnvoll ist, die Rechtsvereinheitlichung beider Länder in Angriff zu nehmen, denn wenn wir den Investoren größere Rechtsgleichheit bieten können, werden sich unsere Chancen im internationalen Wettbewerb verbessern.

Zu den Potentialen, die Berlin und Brandenburg nur gemeinsam entwickeln können, gehören auch die überregionalen Infrastrukturprojekte, insbesondere die Verkehrsprojekte des Bundes. Unsere Verhandlungsposition beim Erhalt des Flughafenstandortes Sperenberg ist wegen der finanzpolitischen Situation in Bund und Ländern und wegen der gescheiterten Fusion schwerer geworden. Sperenberg bietet die Gewähr für eine verkehrspolitische Lösung, die die Belange der Menschen und der Umwelt berücksichtigt und den Direktanschluß der Region an das internationale Flugverkehrsnetz ermöglicht. Deshalb müssen wir die Option für einen Flughafen Sperenberg durch sinnvolle Standortentwicklung offenhalten. Wir sind aber trotzdem der Auffassung - wie schon mehrfach in den letzten Monaten geäußert -, daß ein qualifizierter Ausbau Schönefelds auf absehbare Zeit notwendig ist.

Unsere Position, meine Damen und Herren, wird von den anderen Verhandlungspartnern, dem Bund und Berlin, nicht geteilt. Eine Entscheidung zur Flughafenfrage ist aber überfällig. Sie muß Mitte dieses Jahres fallen, wenn Berlin und Brandenburg nicht endgültig vom internationalen Luftverkehr abgehängt werden wollen. Auch für die direkt betroffenen Menschen wird die Ungewißheit immer unerträglicher.

Die Entscheidung der Bundesregierung zum Transrapid bietet nur dann Chancen für Berlin und Brandenburg, wenn daraus ein wirtschaftlicher Entwicklungsschub, besonders für die peripheren Räume unseres Landes, erwächst. Die Ansiedlung der Instandhaltungszentrale Perleberg ist hier ein positives Signal. Das Konzept muß auf längere Zeit finanzierbar sein. Wir erwarten, daß Arbeitsplätze, die in Perleberg geschaffen werden, nicht anderswo in der Region wegfallen. Im Rahmen des Raumordnungsverfahrens wird unter anderem zu prüfen sein, ob die Belastungen für die Umwelt vertretbar sind.

Meine Damen und Herren! Alle sinnvollen Möglichkeiten zur Kooperation wollen und müssen wir nutzen. Dieses darf uns aber nicht darüber hinwegtäuschen: In vielen Politikfeldern bedeutet der Ausgang der Volksabstimmung eine politische Zäsur. Das Votum der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen heißt auch, ihnen nicht einreden zu wollen, es ginge nun alles so weiter wie bisher. Das gilt vor allem für die Hauptaufgabe der

brandenburgischen Politik: die Schaffung von zukunftssicheren Arbeitsplätzen im Mittelstand und im Dienstleistungsbereich, in der Landwirtschaft und in der Industrie.

Die Landesregierung ist weiterhin der Überzeugung, daß eine Dauerarbeitslosigkeit über 10 % den sozialen Frieden einer Gesellschaft gefährdet. Das ursprüngliche politische Ziel bleibt richtig. Doch müssen wir jetzt feststellen, daß trotz gegenteiliger Erklärungen der Bundesregierung die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung in Deutschland und Europa das Erreichen dieses Zieles in dieser Legislaturperiode unmöglich macht. Die drastische Senkung der Arbeitslosigkeit bleibt aber trotz deutlich schlechterer Bedingungen der Angelpunkt unserer Politik.

Aber Brandenburg allein schafft es nicht, es ist eine Aufgabe, die sich die Bundesrepublik Deutschland, letztlich ganz Europa stellen muß.

Die bundesweiten konjunkturellen und strukturellen Schwierigkeiten, die arbeitsmarktpolitischen Folgen des Sparpaketes auf Bundesebene und der Wegfall der wirtschaftlichen Entwicklung, die wir von der Vereinigung beider Länder erwarten konnten, haben unsere Chancen verschlechtert. Es bestehen kaum Aussichten, daß wir das anvisierte Ziel, 50 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, in dieser Legislaturperiode erreichen werden. Um so mehr werden wir um jeden einzelnen Arbeitsplatz kämpfen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Zusammenarbeit mit Berlin und die Nutzung der überregionalen Wirtschaftsimpulse - nach wie vor von großer Bedeutung - werden wir für unser Land einsetzen. Wir werden aber vor allem angesichts der dramatischen Lage der öffentlichen Kassen im Bund und in den Ländern unsere immer begrenzter werdenden finanziellen Möglichkeiten zur Entwicklung der Potentiale im Land noch effektiver einsetzen müssen. Das heißt, vor allem Investieren und weniger Konsumieren, das heißt Konzentration von Mitteln auf die Arbeitsplatzstrategie, verstärkt für die Förderung und Stabilisierung von mittelständischen Unternehmen, das heißt, die integrierte Förderung leistungsfähiger Agrarstrukturen, des Gewerbes und des Tourismus zu intensivieren, das heißt gezielte Stärkung der peripheren Räume durch Investitionen in die Entwicklung der verkehrlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Infrastruktur dort, wo der Arbeitmarkteffekt am höchsten ist, das heißt Ausbau der industriellen Kapazitäten, in denen wir Standort und Qualifikationsvorteile nutzen können, etwa in der Verkehrs- und Umwelttechnik, aber auch im Medienbereich als unserer neuen Wachstumsindustrie, das heißt Schaffung von Ausbildungsplätzen. Auch der Erhalt von Jugend-, Freizeit-, Kultur- und Sportangeboten gehört trotz knapper finanzieller Mittel zu den Prioritäten unserer Politik.

Meine Damen und Herren! Im Ergebnis der Fusionsabstimmung erkenne ich auch ein Signal dafür, daß viele junge Menschen ihre Interessen von den politischen Institutionen nicht überzeugend wahrgenommen und in ihren Alltagsproblemen nicht hinreichend berücksichtigt sehen. Die steigende Jugendkriminalität ist ein Indiz dafür.

Ich möchte deshalb hier ganz deutlich sagen: Unsere politische Prioritätensetzung soll auch ein Angebot an junge Menschen sein.

Diese arbeitsmarkt- und ausbildungspolitischen Prioritätensetzungen werden sich in der aktuellen Finanzplanung deutlich niederschlagen. Zusätzlich zum Finanzplan werden wir Mittel für hochbeschäftigungswirksame Aufgaben bereitstellen. Dazu gehören unter anderem die Verbundforschung zwischen Wirtschaft und Hochschulen, Medien- und Telearbeitsplätze, integrierte Regionalpolitik und der zweite Arbeitsmarkt. Weitere Mittel

werden für die Sicherung der Berufsausbildung und die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen eingestellt.

Allerdings werden wir diese Entwicklungsleistungen mit spürbar weniger finanziellen Kapazitäten erbringen müssen - mittel- und langfristig, weil die Einsparungen, die wir durch strukturelle Synergieeffekte und die Zusammenlegung zweier Verwaltungen erzielt hätten, nun ausbleiben werden, kurzfristig, weil sich die Haushaltslage in Brandenburg noch einmal dramatisch verschlechtert hat. Die Landesregierung weiß seit gestern, daß die Deckungslücke im Verhältnis zur Finanzplanung für das Jahr 1997 mindestens 1,1 Milliarden Mark betragen wird.

Gleichwohl müssen wir aber den Weg der Haushaltskonsolidierung fortsetzen. Die immer noch hohe Neuverschuldung des Landes zwingt uns zu einem rigorosen Sparkurs.

Noch nicht berücksichtigen können wir die finanziellen Unsicherheiten, die mit der 2. Stufe der Pflegeversicherung und den Haushaltsrisiken aus dem von der Bundesregierung vorgelegten Sparpaket einhergehen. Aber finanzielle Belastungen bedeuten sie in jedem Fall.

Die sich vor dem Hintergrund der Wachstums- und Beschäftigungskrise in Deutschland dramatisch verschlechternde Entwicklung der Steuereinnahmen des Landes zwingt uns zum Umsteuern im Haushalt von Brandenburg. Ich habe gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der anderen Bundesländer vor zehn Tagen in Krickenbeck verabredet, daß der Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte massive und strukturell wirksame Eingriffe erfordert.

Für Brandenburg bedeutet dies: Wir müssen weitere Finanzmittel bei den Personalausgaben und im konsumtiven Bereich sparen. Nur so können wir die Kosten in der öffentlichen Verwaltung verringern. In diesem Zusammenhang werden wir nicht umhinkommen, die Zahl der kommunalen und Landesbediensteten mittelfristig spürbar unter das jetzige Niveau zu senken, um Kosten zu sparen. Landes- und Kreisverwaltungen müssen sich einer kritischen Prüfung ebenso stellen wie die Ämter und Gemeinden.

Die Konsolidierung des Haushaltes kann aber nicht allein durch Senkung der konsumtiven Ausgaben sichergestellt werden. Die investiven Haushaltsmittel müssen effektiver eingesetzt und die Prioritäten der Förderpolitik neu festgesetzt werden. Wir werden deshalb um die zeitliche Streckung von Projekten innerhalb besonders ausgabenintensiver Politikbereiche - wie wir das in den Krankenhaus-, Hochschul- und Forschungsplanungen bereits in Gang gesetzt haben - nicht herumkommen. Ebenso erforderlich ist die Absenkung von Standards und Normen bei Pflichtaufgaben und bei freiwilligen Leistungen. Hier wird die Landesregierung besonders jene Normen, Standards und Leistungsgesetze prüfen, die die Kommunen betreffen, um die Gemeinden und Kreise zu entlasten.

Das schafft Spielräume für eine Neugestaltung der Leistungen im kommunalen Finanzausgleich und hilft, die Mittelverteilung zwischen Land und Kommunen auf eine dauerhaft tragfähige Grundlage zu stellen.

Auch wenn der Zusammenschluß von Berlin und Brandenburg zustande gekommen wäre, hätte sich in der Kommunalpolitik die Frage weiterer Reformen gestellt. Bewährt haben sich die Möglichkeiten der direkten Bürgerbeteiligung und die Schaffung überschaubarer Verwaltungsstrukturen. Die Landesregierung wird weiterhin alle Initiativen der Kommunen und Kreise hin zu effektiverer und bürgerfreundlicherer Selbstorganisation mit Rat und Tat unterstützen.

Die immer knapper werdenden Finanzmittel vor Ort und manche Reibungsverluste in den Kommunen zwingen uns, die kommunale Selbstverwaltung weiter zu stärken. Gebietsreformen stellen neben der Fortentwicklung des Rechts eine Möglichkeit dar. Es ist deshalb richtig, eine Diskussion über eine sinnvolle Aufgabenverteilung zwischen Ämtern und Gemeinden zu führen.

Meine Damen und Herren! Wir müssen die regionalen Potentiale zur effektiven Nutzung von Investitionsmitteln noch stärker aktivieren. Ich werde den in den regionalen Planungsgemeinschaften versammelten Landräten, Kommunalvertretern und lokalen Tarifpartnern dazu ein Konzept für die Regionalisierung der Arbeitsplatzstrategie vorstellen. Bei den regionalen Entwicklungszentren wollen wir die jeweiligen Verflechtungsbereiche stärker in die Entwicklung einbeziehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer sich für die praktische Politik entschieden hat, muß sich den Herausforderungen stellen, gleichgültig, ob sie auf seiner persönlichen Wunschliste standen. Das Ergebnis vom 5. Mai hat nicht auf meiner Wunschliste gestanden. Auch die konjunkturellen und finanziellen Probleme im Bund und in den Ländern sowie die Krise der Arbeitsgesellschaft in Europa habe ich so nicht erwartet. Aber wir alle in dieser Landesregierung und in diesem Parlament haben die Aufgabe übernommen, die wirtschafts- und sozialpolitischen, die kulturellen und rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich die Kräfte dieses Landes und seiner Menschen jetzt und in Zukunft entfalten können.

Dazu gehört, daß wir niemanden von dieser Entwicklung ausschließen. Denn gerade in einer Zeit der Sparzwänge dürfen wir das Gut der sozialen Gerechtigkeit nicht ausspielen gegen das der wirtschaftlichen Stabilität. Dieses Ziel läßt sich erreichen, wenn wir den Brandenburger Weg fortsetzen. Er verlangt von Parlament und Regierung - heute mehr denn je - die Bereitschaft zu einschneidenden Belastungen und zugleich soziales Augenmaß. Er verlangt von der Wirtschaft Innovationskraft ebenso wie soziale Verantwortung. Und er verlangt von allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern Gestaltungswillen und Solidarität.

Ich lade zur Mitarbeit ein. - Ich danke Ihnen.